

Franz-Josef KEMPER, Berlin

Wohnformen, Altersstruktur, Lebenszyklusphasen

Summary

The composition of the population by age and life-cycle is a demographic determinant of household structure and thus of housing demand. For the old and new federal states, this chapter describes current and future trends of household demography in cities and metropolitan areas and studies the consequences for housing. Important trends consist of pluralization of family and household groups, singularization of households, and population aging. These trends have impacts on housing indicators like living space per person and the proportion of owner-occupied units. In West Germany, aging in the next decades as well as a further reduction in household size result in increasing consumption of living space and therefore continuing housing demand, whereas in East German cities the proportion of unoccupied units, which recently has sharply risen, could still grow. In the last part of the chapter, possible actions steering against these regionally unbalanced developments are discussed.

1. Seit den Untersuchungen von ROSSI (1955) in den USA ist immer wieder postuliert worden, dass die Wohnmobilität in Städten und Verdichtungsräumen in enger Verbindung zu den Phasen des Lebenszyklus von Familien und Haushalten steht. Das betrifft sowohl das Ausmaß der Mobilität, das für junge Ein- und Zweipersonenhaushalte und für „wachsende Familien“ am höchsten ist, als auch die Wanderungsrichtungen und Zielgebiete der Mobilität. So ist im „klassischen“ Lebenszyklusmodell der graduelle Aufbau der Kernfamilie mit einer schrittweisen Wohnsitzverlagerung an die Peripherie der Städte verknüpft, nicht zuletzt aufgrund von wachsenden Flächenansprüchen und Präferenzen für ein durchgrüntes Wohnumfeld sowie von Wohneigentumsbildung. Auf der Basis solch selektiver Wohnmobilität und der Verbindung von Wohnungsneubau mit dem Einzug bestimmter Alterskohorten kommt es zu einer Ausdifferenzierung des Mosaiks der städtischen Wohngebiete nach Haushalts- und Familienphasen und nach Altersgruppen.

Es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, dass das konventionelle Lebenszyklusmodell, das auf den Entwicklungsphasen der Kern-

familie beruht, und sein Zusammenhang mit der Wohnmobilität modifiziert werden müssen, weil die Pluralisierung der Haushaltsformen und Lebensstile eine größere Variationsbreite von Lebenszyklusphasen erbracht hat (vgl. KEMPER 1985). In diesem Beitrag soll es nun um gegenwärtige und zukünftige Trends der Alters- und Lebenszyklusstrukturen gehen in ihren Auswirkungen auf die Wohnformen in Städten und Verdichtungsgebieten. Dabei muss neben den Trends einer weiteren Pluralisierung der Familien- und Haushaltsstrukturen und der Singularisierung bzw. Haushaltsverkleinerung der Alterungsprozess der Bevölkerung besondere Berücksichtigung finden. Weiterhin sollte zwischen alten und neuen Bundesländern differenziert werden, denn sowohl das Wohnungswesen als auch die Haushalts- und Familienbildung unterlagen bis zur Vereinigung unterschiedlichen Rahmenbedingungen.

Wenn man versucht, die für die vorliegende Thematik relevanten Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vor der Wende zusammenzufassen, so lassen sich in gebotener Vereinfachung und Kürze folgende Prozesse benennen, die in Tab. 1 schematisch dargestellt sind.

Tab. 1: Unterschiede der Haushalts- und Wohnformen und der Siedlungsentwicklung in Städten und Agglomerationen in West- und Ostdeutschland vor der Wende

	West	Ost
Haushalts- und Familienbildung	Pluralisierung	Standardisierung
Singularisierung der Haushalte	hoch	nur bei Älteren
Segregation	höhere sozio-ökon. Segregation	höhere demogr. Segregation
Wohnungsgrößen	diversifiziert	normiert
Eigentumsbildung	relativ hoch	gering
Siedlungsentwicklung	Suburbanisierung	Urbanisierung

Hinsichtlich der Haushalts- und Familienbildung gab es einige wesentliche Unterschiede zwischen West und Ost, die u.a. mit der Regulierung der Wohnungsversorgung verknüpft waren. Während in der Bundesrepublik Deutschland das Heiratsalter und das Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes seit den 1970er Jahren immer mehr angestiegen waren, lagen beide Werte in der DDR bedeutend niedriger; vielfach wurde dabei die Geburt von Kindern einer Eheschließung zeitlich vorgezogen. Im Zuge der

Pluralisierung der Lebensformen blieb in Westdeutschland ein immer höherer Prozentanteil von Frauen kinderlos, eine familienorientierte Minorität von nicht-erwerbstätigen Frauen hatte mehrere Kinder. In Ostdeutschland war Kinderlosigkeit dagegen wenig verbreitet, aber auch dritte oder vierte Kinder in einer Familie waren sehr selten, da Kindererziehung in aller Regel mit Erwerbstätigkeit der Mütter verbunden war. Für eine ausgedehnte Phase der Post-Adoleszenz, die durch Alleinleben oder ein nicht-eheliches Zusammenleben charakterisiert ist, waren die Rahmenbedingungen in der DDR aufgrund von Wohnungsknappheit und Bevorzugung von Familien mit Kindern bei der Wohnungsvergabe wesentlich ungünstiger als in der Bundesrepublik, wo diese Phasen gerade in den Städten an Bedeutung gewannen. All diese demographischen Merkmale ermöglichen zusammenfassend die Gegenüberstellung einer relativ standardisierten Familien- und Haushaltsbildung im Osten und der entsprechenden Pluralisierung im Westen. So hatten im Jahr 1990 in den alten Ländern 59,7% der privaten Haushalte zwischen 2 und 4 Mitglieder, in den neuen Ländern dagegen 68,5%, während die Anteile der Einpersonenhaushalte bei 35,1% bzw. 27,6% lagen.

Nicht nur die Haushaltsgrößen waren in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich, auch bei den Wohnungsgrößen gab es deutliche Differenzen. In der DDR war neben einer generell niedrigeren Wohnfläche pro Person die Variationsbreite der Wohnungsgrößen, der Wohnungszuschnitte und der Wohnformen im Neubau relativ gering, so dass man von einer beträchtlichen Normierung der Wohnungen sprechen kann (vgl. HANNEMANN 1994). Im Wohnungsneubau, der ja in den 1970er und 1980er Jahren gerade in den Großstädten konzentriert wurde, ergab sich aufgrund der Vergabepaxis eine beachtliche demographische Selektivität mit einem Überwiegen von jungen Familien mit Kindern. Weil Neubauten in der Regel in größeren Gebieten nach einheitlichem Plan errichtet wurden, und weil auch in zentrumsnahen Altbaugebieten, wo im Westen Einpersonenhaushalte dominierten, Haushalte mit Kindern überrepräsentiert waren, lag das Ausmaß der demographischen Segregation in ostdeutschen Städten über dem in Westdeutschland (GEWAND 1998).

Nach der Wende hat sich die Haushalts- und Familienbildung in den neuen Ländern in gewissen Zügen den Mustern der alten Länder angepasst. Durch den starken Geburtenrückgang ist bei jüngeren Erwachsenen der Anteil von Haushalten mit Kindern beträchtlich zurückgegangen, der Anteil zusammenlebender Paare dagegen deutlich angestiegen. Dennoch existieren weiterhin beachtliche Unterschiede der Haushaltstypen zwischen Ost und West. So gab es im Jahr 1997 in den Agglomerationen der neuen Länder ohne Berlin mehr Zwei- als Einpersonenhaushalte (35,4% versus 31,4%),

während es in den alten Ländern gerade umgekehrt war (33,4% versus 37,7%) (KOCKS u. SCHLÖMER 1999). Nach Ergebnissen der bundesweiten ALLBUS-Stichprobe lag der Anteil der ledigen Alleinlebenden bei den 18–35-Jährigen, die mindestens Fachabitur haben, 1996 im Westen mit 20% mehr als doppelt so hoch wie im Osten mit ungefähr 8% (KECSKES 1999). Gerade Personen dieser Gruppe, die keine Kinder haben, fragen häufig Wohnungen in zentrumsnahen Quartieren nach, sind Pioniere oder Gentrifizierer bei sozio-ökonomischen Aufwertungsprozessen.

2. Betrachten wir nun Zusammenhänge zwischen Alter und Lebenszyklus auf der einen und den Wohnformen auf der anderen Seite, wobei als Indikatoren Wohnfläche und Eigentum Beachtung finden sollen. Hierfür lassen sich Daten aus der Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation der Haushalte im Jahr 1998 (WINTER 1999) und aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1998 heranziehen. Wenn man die Haushalte nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers gliedert, so ergibt sich in den alten Ländern ein Anstieg der Wohnfläche von 53 qm bei den unter 25-Jährigen bis auf 94 qm bei den 65–70-Jährigen und immer noch 86 qm bei den Haushalten der Älteren. Dieser Anstieg erfolgt zunächst parallel zur Vergrößerung des Haushalts, verringert sich aber keineswegs in gleichem Maße mit der Haushaltsverkleinerung im höheren Alter. Da die Wohnmobilität im Alter nur gering ist, bleiben die meisten älteren Leute in den Lebenszyklusphasen des „leeren Nests“ und des Verwitwetseins in ihrer Wohnung, abgesehen von einer Minorität von Ruhesitzwanderern. Erst in hohem Alter kommt es aufgrund von Gesundheitsproblemen und Unterstützungsbedürftigkeit zu einer ausgeprägteren Wohnmobilität. Durch eine Kohortenuntersuchung kann gezeigt werden, dass in Westdeutschland aufeinander folgende Generationen von Rentnern in immer größeren Wohnungen leben, die sie in einer früheren Lebenszyklusphase bezogen hatten (SIMONS 1999). Als Folge dieses „Remanenzeffektes“ (PFEIFFER 1999) werden immer mehr große Wohnungen durch ältere Kleinhaushalte belegt. In jüngster Zeit hat sich allerdings eine Umkehr des ständig höheren Wohnkonsums vollzogen, denn seit Anfang der 1980er Jahre scheinen die Wohnflächen der nachwachsenden Generationen eher leicht zurückzugehen (SIMONS 1999).

In den neuen Ländern sieht der Zusammenhang zwischen Alter und Wohnfläche deutlich anders aus. Zwar ist bei den „Startern“ im Wohnungsmarkt (Haupteinkommensbezieher unter 25 Jahren) die Wohnfläche im Osten mit 50 qm fast genauso groß wie im Westen, doch wird das Maximum schon bei den 35–45-Jährigen mit 85 qm erreicht. Die Werte sinken dann auf 61 qm bei den ab 70-Jährigen. Die Diskrepanzen zwischen neuen

Eigentumswünsche nach der Wende realisiert. In beiden Teilen Deutschlands gibt es große Unterschiede in der Eigentumsbildung zwischen Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden. Paare mit einem Kind leben zu 28% in den alten und zu 25% in den neuen Ländern im Eigentum, wohingegen es bei den Alleinerziehenden nur 11% bzw. 7% sind.

3. Wenn man die Wohnungsnachfrage als abhängig von der demographischen Entwicklung ansieht, so sollten demographische Trends bedeutsame Einflussgrößen der zukünftigen Wohnungsentwicklung sein. Unter Zugrundelegen der geschilderten Zusammenhänge zwischen Wohnform und Alter bzw. Haushaltstyp sollen im weiteren die Trends der Alterung, Pluralisierung und Singularisierung auf ihre wohnungsbezogenen Effekte überprüft werden, wobei die Verhältnisse in den Städten und Agglomerationen der alten und neuen Länder im Vordergrund stehen.

Vom wichtigsten Trend der Alterung sind auch die massivsten Auswirkungen auf die Wohnungsentwicklung anzunehmen, vor allem für die alten Länder. Verantwortlich dafür sind die Auswirkungen des Remanenzeffektes. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamts wird die Zahl der Rentnerhaushalte in Deutschland von knapp 8 Mio. Ende der 90er Jahre auf 12,5 Mio. im Jahr 2030 ansteigen. Wie das Institut Empirica berechnet hat, ergibt sich aus diesem Alterungsprozess unter der Annahme konstanten Verhaltens und des Remanenzeffekts ein bedeutsamer Anstieg der Wohnfläche allein durch Alterung. Dieser entspricht einer zusätzlichen Nachfrage, denn die älteren Haushalte „blockieren“ immer mehr große Wohnungen, die sie im jüngeren Alter bezogen haben. Am größten wird diese Nachfrage zwischen 2000 und 2010 sein mit einem Wachstum von ca. 250 Mio. qm Wohnfläche, was einer Neubauleistung von jährlich 250.000 Wohnungen à 100 qm entspricht (PFEIFFER 1999, 253). Bis 2025 werden die Steigerungen immer geringer werden und sich dann in ihr Gegenteil verkehren, weil Generationen mit geringerem Wohnkonsum in die Altersphase eintreten. Diese Effekte werden sich im wesentlichen auf die alten Länder beschränken und hier überproportional auf die Agglomerationen, die einen überdurchschnittlichen Anteil älterer Leute besitzen. Kleinräumig werden sich „Blockierungseffekte“ in solchen Wohngebieten mit relativ homogenem Altersaufbau häufen, deren Bevölkerung das Rentenalter überschreitet. Solche Gebiete finden sich weniger in Innenstadtquartieren, sondern am Rand der Kernstädte und in einem inneren suburbanen Ring, der in der Hochphase der Suburbanisierung in den späten 1960er und 1970er Jahren besiedelt wurde.

In den neuen Bundesländern wird es in den nächsten Jahrzehnten keine remanenzbedingte Steigerung der Wohnflächen geben. Zwar wird der Alte-

rungsprozess in den Agglomerationen des Ostens noch stärker als im Westen sein, ausgedrückt durch den Prozentanteil der älteren Menschen, doch vergrößert sich dadurch nicht der Wohnflächenkonsum. Weil die Älteren wenig mobil sind und in wesentlich kleineren Wohnungen als die entsprechende Altersgruppe im Westen leben, wird die Wohnfläche pro Einwohner in den ostdeutschen Agglomerationen auch im nächsten Jahrzehnt noch deutlich geringer sein als in den westdeutschen Verdichtungsräumen. Neubauten, vor allem als Eigentum gebaut, wird es weiterhin besonders im suburbanen Raum geben, in Teilen der Kernstädte könnte aufgrund von schrumpfender Bevölkerung der Leerstand dagegen noch zunehmen.

Die Pluralisierung als zweiter Trend der Haushaltsentwicklung hat in den alten Ländern alles in allem zu einer räumlichen Polarisierung der Bevölkerungsstrukturen innerhalb der Agglomerationen beigetragen (STROHMEIER 1996). Während Familien mit Kindern und ältere „Resthaushalte“ im Umland und am Stadtrand leben, dominieren in großen Teilen der Kernstädte, sieht man von der nicht-deutschen Bevölkerung ab, nicht-familiale Lebensformen, die in den letzten Jahrzehnten ein starkes Wachstum verzeichnen konnten. Neben einkommensstärkeren Familien, die im Umland Eigentum erworben haben, sind auch einkommensschwache Familien, die früher oft in zentrumsnahen Sozialwohnungen der Kernstädte lebten, seit den 60er Jahren mehr an die Peripherie verdrängt worden. (KECSKES 1999). Die Pluralisierung ist eng mit dem dritten Trend der Singularisierung und Haushaltsverkleinerung verbunden. Dieser Trend drückt sich im stark angewachsenen Anteil der kleinen Haushalte, besonders der Einpersonenhaushalte, aus, die inzwischen die Haushaltsstruktur der Innenstädte dominieren. Es wird oft zu wenig beachtet, dass der Bevölkerungsrückgang vieler innerstädtischer Wohnbezirke in den letzten Jahrzehnten nicht mit einem Rückgang der Haushalte verbunden war, sondern auf Haushaltsverkleinerung und angestiegenen Pro-Kopf-Wohnflächen beruht.

In den neuen Ländern haben nach der Wende Tendenzen der Pluralisierung und Singularisierung die überkommenen Haushalts- und Familienstrukturen zwar verändert, aber noch keineswegs zu einer Konvergenz mit Westdeutschland geführt. Allerdings ist in den jüngeren Kohorten der Anteil von Familien mit Kindern aufgrund des Geburteneinbruchs nach der Wende stark geschrumpft. Unter den familienbezogenen Lebensformen sind die Alleinerziehenden, die eher in den Kernstädten als im Umland wohnen, von besonderer Bedeutung. Im Umland ist in der ersten Phase der Wohn-Suburbanisierung um die Mitte der 1990er Jahre, als vielfach vermietete Geschosswohnungen aufgrund der speziellen Förder- und Abschreibungsmöglichkeiten errichtet wurden, eine größere Variationsbreite von Lebenszyklus- und Altersphasen entstanden als in suburbanen Eigentums-Wohn-

gebieten im Westen. Insgesamt ist so die altersbezogene demographische Segregation in den ostdeutschen Agglomerationen nach der Wende eher zurückgegangen.

4. Als Fazit der vorangegangenen Überlegungen ist anzunehmen, dass sich in den nächsten Jahrzehnten die Wohnstrukturen der Agglomerationen in den alten und neuen Bundesländern recht unterschiedlich entwickeln werden. Verantwortlich dafür sind die verschiedenartigen Bevölkerungsveränderungen mit Wachstum im Westen und Stagnation bzw. Rückgang im Osten sowie die überkommenen Wohnverhältnisse der Generationen, die in beiden deutschen Staaten aufgewachsen sind. In Westdeutschland wird nach der neuen Raumordnungsprognose des BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) in den Agglomerationen zwischen 1997 und 2015 die Bevölkerung um 2,4% ansteigen, die Zahl der Haushalte jedoch um 6,0%. Berücksichtigt man zusätzlich die Wohnungsnachfrage aufgrund des Remanzeffekts, wird ein beträchtlicher Nachfragedruck entstehen. Dagegen wird im selben Zeitraum in den ostdeutschen Agglomerationen ohne Berlin die Bevölkerung um 5,0% abnehmen und die Zahl der Haushalte stagnieren (Zunahme um 0,9%). Bei unverändertem Wohnflächenverbrauch für die einzelnen Haushaltsgrößen würde letzteres zu einem Rückgang der Wohnfläche um 2,1% führen.

Welche Maßnahmen können nun ergriffen werden, um Überlastungen und zu hohen Flächenverbrauch im Westen und eine partielle Entdichtung im Osten zu vermeiden? In den alten Bundesländern hat die Alterung aufgrund des damit verbundenen Remanzeffekts wohl die größte Bedeutung. Zu fragen wäre hier nach Anreizen für Kleinhaushalte älterer Menschen, um aus großen Wohnungen und Eigenheimen in kleinere Wohnungen umzuziehen. Fördermaßnahmen für den Neubau von oder den Umbau zu altengerechten Wohnungen könnten zu solchen Umzügen beitragen, vor allem für die Gruppe der ab 70-Jährigen. Zu bedenken ist aber die kleinräumliche Lage der Wohnungen. Aus der empirischen Wanderungsforschung ist bekannt, dass bei intraregionalen Wohnsitzverlagerungen Nah- und Viertelwanderungen eine besondere Bedeutung haben, was verstärkt für ältere Menschen gilt, die das gewohnte weitere Wohnumfeld und ihre sozialen Kontakte beibehalten wollen. Eine wichtige Voraussetzung für einen Umzug wäre daher ein entsprechendes Wohnungsangebot in der Nähe der alten Wohnung. In Wohnvierteln mit einer breiten Mischung unterschiedlicher Wohngrößen und Wohnformen ist diese Voraussetzung viel eher gegeben als in großemäßig monostrukturierten Gebieten. Letzteres trifft aber gerade auf viele ältere Eigenheimgebiete zu, in denen der Anteil älterer Haushalte stark zunehmen wird. Hier könnte eine Nachverdichtung,

z.B. durch zusätzliche Bauland-Ausweisung besonders wichtig sein. Andere Möglichkeiten wären Umbauten im Bestand, etwa durch Aufteilung eines größeren Einfamilienhauses in zwei Wohnungen für Haushalte der „Leeren-Nest-Phase“, die im Rahmen von „Best-Practice-Beispielen“ gefördert werden sollten (SIMONS 1999).

Das Wachstum der Zahl der Haushalte in den westdeutschen Agglomerationen um 6%, das die BBR-Prognose bis 2015 ergibt, beruht allein auf dem Wachstum der kleinen Haushalte von einer oder zwei Personen. Ein beträchtlicher Teil von ihnen gehört zu den charakteristischen Bevölkerungsgruppen der Kernstädte. Es ist daher in den Kernstädten in der nächsten Zeit von einer zusätzlichen Nachfrage nach Wohnungen für Kleinhaushalte auszugehen, die Neubautätigkeit – durch Aufschließung von Baulücken, Umwandlung von ehemals gewerblich oder anderweitig genutzten Flächen in Wohnbauten u.a. – erforderlich macht.

Im Gegensatz dazu sind die Kernstädte der neuen Länder schon zur Zeit durch hohen Wohnungsleerstand gekennzeichnet, der auch nicht in der nächsten Zukunft durch Wachstum von Bevölkerung oder Haushalten beseitigt wird. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass die ostdeutschen Kernstädte sich weiter entleeren werden, wenn sich die Neubautätigkeit wie in den 1990er Jahren auf das Umland konzentriert. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zum Wohnungsleerstand in Ostdeutschland, die ihr Gutachten im November 2000 vorgelegt hat, empfiehlt daher neben einem Sonderprogramm zum Abriss überzähliger Wohnbauten eine Umstellung der Eigenheimzulage. Während bislang die Zulage für Neubauten doppelt so hoch wie diejenige für Bestandswohnungen war, solle die Förderung des Bestandes derjenigen von Neubauten angeglichen werden. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die Eigenheimzulage für Neubauten auf neu ausgewiesenem Bauland zu halbieren, in voller Höhe dagegen für „Recyclingflächen“ zu gewährleisten, die sich meistens innerhalb der Städte befinden. Durch solche Maßnahmen könnte die Abwanderung aus den Kernstädten in das Umland reduziert und die demographische Mischung in städtischen Nachbarschaften erhöht werden. Besonders schwierig wird die Weiterentwicklung zahlreicher randstädtischer Plattenbauviertel mit hoher demographischer Segregation sein.

Literatur

- GEWAND, O. 1998: Ausmaß und Ursachen der demographischen Segregation städtischer Bevölkerung in Deutschland. Dargestellt am Beispiel von Berlin unter besonderer Berücksichtigung expansiver Haushalte in Berlin-Prenzlauer Berg. Diss. HU Berlin.
- HANNEMANN, C. 1994: Industrialisiertes Bauen. Zur Kontinuität eines Leitbildes im Wohnungsbau der DDR. Diss. TU Berlin.

- KECSKES, R. 1999: Wohnungsmarkt und Sozialstruktur. Zur Entwicklung der räumlichen Verteilung der Bevölkerung in Großstädten. In: *Archiv für Kommunalwissenschaften*, S. 212–236.
- KEMPER, F.-J. 1985: Die Bedeutung des Lebenszyklus-Konzepts für die Analyse intraregionaler Wanderungen. In: *Colloquium Geographicum* 18. Bonn, S. 180–212.
- KOCKS, M. und C. SCHLÖMER 1999: Ausgewählte Ergebnisse der Raumordnungsprognose 2015. In: *Informationen zur Raumentwicklung* H. 11/12, S. 843–908.
- PFEIFFER, U. 1999: *Deutschland – Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land*. Hamburg.
- ROSSI, P. H. 1955: *Why families move*. Glencoe, Ill.
- SIMONS, H. 1999: Perspektiven des westdeutschen Wohnungs- und Büromarktes bis 2030. In: *Informationen zur Raumentwicklung* H. 11/12, S. 745–754.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) 1999: *Fachserie 15, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Sonderheft 1: Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte*.
- STROHMEIER, K. P. 1996: Die Polarisierung der Lebensformen in den Städten und Gemeinden – soziale Hintergründe und sozialpolitische Probleme. In: SCHÄFERS, B. und G. WEWER (Hrsg.): *Die Stadt in Deutschland*. Opladen, S. 62–84.
- WINTER, H. 1999: Wohnsituation der Haushalte 1998. Ergebnisse der Mikrozensus-Ergänzungserhebung. In: *Wirtschaft und Statistik* H. 10, S. 780–786 und H. 11, S. 858–864.